

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis: Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich pränumerando 1 Rm. 95 Pf., monatlich 65 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 2 Mark. Kreuzband-Abonnements pro Quartal u. Exemplar: Für Deutschland und Oesterreich 3 Rm. — Pf., Niederlande und Belgien . 3 . 60 ., England und Frankreich . 4 . 50 ., Amerika (Bev. Staaten) 5 . 50 .

Neuer Social-Demokrat.

Eigenthum der Casselleaner.

Redaktion und Expedition: Berlin, Oranienstraße Nr. 8, 80.

Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Spekteur entgegengenommen.

Inserate (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro fluchtspaltene Zeile mit 50 Pf. berechnet. Versammlungsannoncen die 2-spaltene Zeile oder deren Raum 30 Pf. Sogenannte Reklame-Anzeigen werden nicht aufgenommen.

Inhalt.
Fürst Bismarck und kein Ende. — Moderne Freizügigkeitsgrillen. — Der Beamtenproletariat. — Politische Uebersicht: Kunde Zustände in Deutschland. — Sonstige Bände. — Dänemark. — Aus Konstantinopel. — Die „Frankfurter Zeitung“ und die Social-Demokratie. — Ultramontanes. — Die „Volks-Zeitung“. — „Kriegswillige“ Deutsche im Auslande. — Die „Kriegswilligen“. — Ein Vortrag von Professor v. Holzendorff. — Streiprozess gegen die Social-Demokratie. — Correspondenzen: Berlin. — Frankfurt a. M. — Eisleb. — Riesa. — Schwerin. — Dömitz. — Osnabrück. — Riesa. — Rammstein. — Hensberg. — Renscheid. — Die Hinterbliebenen Hort's. — Abonnenten des „Neuen Social-Demokrat“. — Miscell.

Fürst Bismarck und kein Ende.

Zeitungen wetteifern mit einander, recht häufig den Fürst zu erwähnen. Wir machen davon eine Ausnahme, da Herr v. Bismarck für uns eine ziemlich gleichgültige Person ist. Insichten haben ja genügende Schüler und Verehrer gegeben ist thätlich ein neuer deutscher Volksstamm: „Mardomanen“ entstanden, so daß er selbst gar nicht Träger seines Systems ist. „Mardomanen“ vergöttern ihren Helden; jede körperliche Bewegung des „großen“ ist für eine gewaltige „That“, jede scherzhafte einer Abendunterhaltung für ein geistreiches „Wort“. „Mardomanen“ sind für Bismarck leidend sein soll — jeht gebärdet sich „Mardomanen“ noch viel klugreicher, als es sein bei dem Begräbnis Marix's am Basento thaten. „Mardomanen“ hat man ihm doch abgegarbt, man weiß ja, „Mardomanen“ und wie er spuckt — und dennoch diese „Mardomanen“ Abtritt von der Leitung der Geschäfte? — „Mardomanen“ Erfolge möchten die Herren Nachfolger haben, aber nicht die Mißerfolge der letzten Zeit; hören nicht in das Bismarck'sche „System“, weil es ja nur auf Glück und Erfolgen beruht. „Mardomanen“ eigentlich die ultramontane Partei in Deutschland? Wahrlich, nicht die Herren Windthorst, Reichensperger — nein, in erster Linie Herr v. Bismarck, der ihr, der eingeschlammerten, erst wieder Bismarck und sie aus dem Schlafe erwidete. Ohne Herrn v. Bismarck ist gar keinen Windthorst und keinen Reichensperger.

Die katholische Partei existierte vor 1866 kaum. Die „geringen“ „Mardomanen“ besuchten die Kirche nicht und wählten „liberal“. „Mardomanen“ Herr von Bismarck die schlummernden Elemente des Ultramontanismus durch seine vielgelobten und viel verurteilten „Thaten“. — Diese Elemente gestalteten sich zu einer schwachen Partei, die aber gleich von der Bismarck'schen Regierung ungemein beachtet und von den „Mardomanen“ angegriffen wurde.

Dadurch wuchs die Partei, die sich nun die verfolgte nannte und sich mit der katholischen Kirche identifizierte; das katholische Volk stützte zu den Fahnen der jetzt so mächtigen Partei, welche den „Mardomanen“ schon manche Schluppe beigebracht und welchen der Fürst Bismarck auch wohl zum großen Theil sein unheilbares Nervensystem zu verdanken hat.

Die deutschen Reichsgesetze gegen die Träger jener Partei und ihre Ausführung durch Gendarmen und Staatsanwalt tragen nur zur Kräftigung derselben bei, und schließlich wird der Stamm der „Mardomanen“ zum Rückzuge blasen lassen und nach und nach vom Welttheater verschwinden.

Die „Mardomanen“ und ihre Führer sollten nun dem Fürsten Bismarck auf den Rücken danken, anstatt ihm zu stehen, er, gerade er hat sie emporgehoben durch sein „System“; sonst würden sie noch in Sumpfe liegen und träumen von entschwindender Herrlichkeit.

Sollte König Alfons von Spanien zuerst diesen Gedanken erfaßt haben? Er, der vom Papp Delobie und Gsalbis, sendet nämlich jetzt dem Fürsten Bismarck den Orden des goldenen Hähnes!

Sollten sich gar der Stärkung der katholischen Kirche in Deutschland halber, welche Bismarck ohne seinen Willen mit herbeigeführt hat, die Fische des Papstes in Rom gegen das „deutsche Reich“ zum Segen für Bismarck verwenden haben? Die „Königliche Zeitung“ schreibt nämlich in Bezug auf den Rücktritt des Kanzlers und auf die Krankheit desselben: „So hat denn allerdings in letzter Zeit die päpstliche Bulle nicht verfehlt, anregend, kräftigend und erfrischend auf den Reichskanzler einzuwirken.“

So wäre denn für den Fürsten Bismarck der Lohn nicht ausgeblieben, und die „Mardomanen“ mögen sich beruhigen mit dem Rufe: „Er bleibt! Er bleibt!“

Die sind bekanntlich nicht von der Bismarckomanie befallen, und überlassen diese in doppelter Weise austretende Krankheit gern den Liberal-Konservativ-Fortschrittlichen einerseits und den Ultramontanen andererseits.

Nur wundern soll es uns, wie lange noch „Fürst Bismarck und kein Ende“ der Leitstern der gesammten gegnerischen Presse bleiben wird.

Moderne Freizügigkeitsgrillen.

Es ist noch gar nicht viel Zeit verfloßen seit jenen Tagen, wo die Agitatoren der Freizügigkeit den deutschen Arbeitern ein Paradies vormalten. Die Phrase klang ja auch gar zu schön: „Wenn erst die Freiheit auf dem Gesamtgebiete des wirtschaftlichen Lebens eingeführt ist“ — so lautete die Prophezeiung der Liberalen — „dann wird Wohlstand ganz Deutschland beglücken, dazu wirkt dann vornehmlich die Freizügigkeit mit bei, indem jeder Arbeiter, dem es daheim nicht gefällt, auf Reisen gehen und sich den passendsten Wirkungskreis aussuchen kann.“

Unsere älteren Parteigenossen werden sich wohl noch lebhaft jener Kämpfe in Versammlungen entsinnen, welche sie mit derartigen liberalen Aposteln anzusehen hatten, die das Volk von der ersten Arbeiterbewegung abzulenken suchten, indem sie ihm ein nahezu unermeßliches Glück verspiegelten. Jetzt haben sich die Zeiten geändert, denn die Freizügigkeit ist zur Thatsache geworden und hat nicht im Geringsten die an sie geknüpften, oft geradezu lächerlichen Verheißungen der Liberalen erfüllt. Was Wunder, wenn jetzt sogar dieselben „liberalen“ Leute, alte „Freihändlermänner“, für Beschränkungen derselben agitieren.

Die Social-Demokraten haben selbstredend das Recht der Freizügigkeit als ein natürliches Recht gefordert; dieselbe war ja auch nichts Neues, die Beseitigung eines Ueberbleibfels der längst überlebten feudalen Wirtschaftsordnung. Die Machtvollkommenheit beliebiger Behörden, Ortsbestimmungen, Gemeindevorstände u. s. w., den ihnen Untergeordneten das Recht der Freizügigkeit und des Fortzuges zu verweigern, oder zuwandernden Staatsbürgern willkürlich die Thore zu schließen, mit all jenen Passschecken und Maßregelungen der verfloßenen Jahrzehnte, kann selbstverständlich vor dem Urtheil eines auch nur einigermaßen vernünftig denkenden Menschen nicht bestehen; die Vertheidiger solcher feudaler Menschenquälerei waren deshalb auch nur Personen, welche aus Interesse an derselben hingen, Ortsbestimmungen, welche das Auswandern ihrer erbärmlich bezahlten Arbeiter fürchteten, oder zünftige Handwerksmeister, welche die Konkurrenz von Gesellen schenteten, auf die sie hochmüthig hinabsahen.

Das Alles, nämlich das natürliche Recht und die Beseitigung der Blaserie für so viele Arbeiter, hätte sicherlich nicht die Freizügigkeit so rasch durch die Gesetzgebung in's Leben gerufen, wie es geschehen ist, wenn nicht ein anderes gewichtiges Klasseninteresse mit in's Spiel gekommen wäre. Die moderne Großindustrie kann nämlich ihre Massenproduktion nur dadurch im höchsten Maße in's Werk setzen, daß sie ungeheure Arbeitermassen in die Industriebezirke hineinzieht, und das ist ohne Freizügigkeit ein Ding der Unmöglichkeit.

In ihrem wohlverstandenen Interesse pries daher auch die liberale Bourgeoisie die Freizügigkeit über alle Maßen.

Die Social-Demokraten haben dazu gelächelt; sie wußten ja, daß die Freizügigkeit, wenn sie auch ein notwendiges Erfordernis der Zeit war, doch für die Lösung der sozialen Frage, für die Beseitigung des eheernen Lohngesetzes gar nichts wirkt, und daß schließlich im entscheidenden Augenblick einer Arbeitslosigkeit die Freiheit des hungernden Arbeiters, fortzuziehen, für ihn nur ein bedauerliches, nämlich die „Freiheit“, sich den Dorn zu suchen, wo er hungern will. Die augenblickliche Lage illustriert dies durch hunderttausend Beispiele.

Nun wohl, die Freizügigkeit ist in Wirklichkeit und es giebt jetzt wohl kaum einen Menschen, welcher bestreiten kann, daß die Social-Demokraten in ihrer Kritik Recht gehabt haben. Von Beseitigung des Arbeiterlebens und von allgemeinem Wohlstande, der so lange seitens der Freizügler versprochen wurde, ist nichts zu spüren. Konnten auf der einen Seite die Arbeiter bei Benutzung ihres Koalitionsrechts von der Freizügigkeit Nutzen ziehen, dann wurde auf der anderen Seite durch ihren Einfluß der Bezug nach großen Städten übermäßig vermehrt, die Löhne wurden daher gedrückt und die Lebensmittel verteuert. Mit einem Wort, für die Arbeiter hat sich nur ein wirklicher Vortheil ergeben, und zwar kein materieller, sondern ein geistiger, nämlich, daß große Arbeitermassen, welche sonst in irgend einem Winkel Deutschlands ohne Verkehr mit der übrigen Welt geistig verkommen, jetzt in den allgemeinen Verkehr hineingetrieben und geistig regsam gemacht werden. Die Durchführung der Freizügigkeit war somit nichts mehr und nichts weniger als ein Glied der Entwicklung der heutigen Bourgeoisgesellschaft; ohne etwas an dem Verhältnis von Kapital und Arbeit zu ändern, mußte sie vielmehr dahin führen, ganz im Geiste dieser Gesellschaft die Kapitalmacht und des Proletariats zu entwickeln.

Das ist geschehen, und zum Gräuel der „Kreuzzeitung“ und ihrer Geschwister, respective der Berliner „Volkszeitung“, sobald dieselbe, was nicht selten ist, feudale Anwandlungen bekommt — in hohem Maße!

Auf der einen Seite sehen wir, daß in Deutschland die Kapitalmacht sich ungeheuer in wenigen Jahren weiter gebildet hat. Die Großproduktion ist erstaunlich geworden; in gleichem Maße natürlich auch die Planlosigkeit derselben, die Spekulation; daß Redlichkeit und sonstige altherkömmliche Tugenden dabei Schiffbruch leiden mußten, war vorauszusagen und ist nur der notwendige Fortschritt der Bourgeoisgesellschaft. — Auf der anderen

Seite hat sich auch die Massenkoncentration des Proletariats, die Organisation der industriellen Arbeiterbataillone mit und vermöge der Großproduktion staunenerregend vollzogen. Selbstverständlich ist es, daß Intelligenz und Klassenbewußtsein, in logischer Folge davon auch der Socialismus, diese Arbeitermassen durchdrungen haben. — Es liegt jetzt schon vor Aller Augen, daß Geldmacht und Socialismus neben einander her im Gleichschritt ihrem Endziele zu wandern. Daß die Bahn der Geldmacht immer abschüssiger, die des Socialismus immer fester wird — das merken freilich nur wenige Liberale, und diese beginnen daher schon ein erbärmliches Petermordis gegen die einst so gepriesene wirtschaftliche Freiheit.

Ein echter Liberaler ist nur dann für die Freiheit begeistert, wenn es sich für ihn darum handelt, selbst frei oder auch ziellos handeln zu können. Sobald ein Anderer auch für sich die Freiheit beansprucht, da erschallt ein donnerndes Hakt aus dem liberalen Munde, da wird womöglich irgend eine allfudale Fessel aus der Kammerkammer der Gesetzgebung herbeigebracht, um den allzu Freiheitsdürstigen Keros zu lehren. Möglich, wenn auch nicht unerwartet, haben daher die Apostel der Freizügigkeit auch in Bezug auf diese eine Schwänkung gemacht; da sowohl die Kapitalmacht, als auch das zum Socialismus erwachte Proletariat Gebrauch von derselben machten, und da insbesondere die Ausbreitung der socialistischen Idee als höchstes Gipsen den Bourgeois vor Augen tritt, haben die Liberalen mit weisem Rathe beschlossen, daß die Freiheit, den Wohlstand und Arbeitsplatz zu wechseln, nur dann am Platze ist, wenn dies im Interesse der Kapitalmacht geschieht, nicht aber, wenn die Arbeiter davon in ihrem Kampfe um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit gegen das kapitalistische Interesse Gebrauch machen wollen.

„Eine schöne Freiheit“ und eine schöne Auslegung des Prinzips der Freizügigkeit! — Und doch verhält sich buchstäblich so die Sache.

Wenn ein Banerfänger, ein falscher Spieler die Bolte schlägt, dann nennt er dies Manöver nicht Betrug, sondern „Korrektur des Glückes“. So machen sich denn auch unsere Liberalen daran, „die Freiheit zu korrigieren“, wollen mit Hilfe von Ausnahmengesetzen für die Arbeiter die Freizügigkeit überall dort unterbinden, wo sie sich gegen die Waffe bedienen können.

Der liberale Bourgeois, dem seine Arbeiter Stricke machen und fortreißen, denkt schmerz erfüllt: „Ach, wo bleibt der vormärzliche Polizeimittel? — Wenn ich doch die versuchten Kerle per Polizei wieder herbeischleppen lassen könnte.“ — Freizügigkeit ist ein Prinzip; was kümmert aber den Bourgeois ein Prinzip, wo die Praxis ihm ungünstig ist; so tröstet er sich denn mit dem Spruch: Keine Regel ohne Ausnahme und blickt vertrauensvoll auf seine liberalen Gesetzgeber hin. — Und diese lassen ihn nicht lange warten; sie bringen gleich zwei Rezepte auf einmal, und diese lauten: „Kontraktbruchgesetz“ und „Arbeitskontrollbuch“.

Schöne Zeit der Passscheckerei, du wirst wiederkehren! Wehe dem Arbeiter, der abdann einen Kontrakt unterschreibt, er hat ein Verweilen, welches er durch kein Mittel loswerden kann, für ihn giebt es kein Koalitionsrecht mehr! Aber auch jener Arbeiter, welcher gewohnt genug ist, keinen Kontrakt zu unterschreiben, wird durch das projektirte Arbeitskontrollbuch um dreißig Jahre in der Kultur zurückgeschoben; denn bei Strafe soll kein Arbeiter in Arbeit treten, oder soll ein Fabrikant einen solchen in Arbeit nehmen dürfen, wenn nicht alle früheren Fabrikanten ihre Zeugnisse in jenes Buch eingetragen haben. Denn die Freizügigkeit, o Arbeiter, aber füge Dich still, wenn Dir dort ein „Wassfäß“, dort ein „Widersehl“, dort gar ein „Socialdemokratischer Wähler“ in Dein Buch eingetragen wird; Du ziehst dann frei im Lande herum, aber zugleich geächtet, und kannst Dich lebhaft an jene Zeiten erinnern, wo es „vogelfrei“ Leute gab, die in den Dorn und in die Reichsacht gethan waren!

Ist es nicht eine famos liberale Erfindung — die Freizügigkeit und ihre neueste Korrektur? —

Unser Beamtenproletariat.

Schon vielfach ist seitens unserer Partei auf die elende Lage der Sabaltenbeamten aufmerksam gemacht worden. Die socialdemokratischen Agitatoren, sie haben, wo es nur irgend möglich war, auf die traurige Stellung der kleinen Beamten hingewiesen. Auch in der letzten Reichstagsession seitens des Arbeiterabgeordneten Hasselmann ist die Lage der unteren Postbeamten einer scharfen Kritik unterzogen worden. Aber leider wird wohl noch mancher untere Beamte mit Hunger und Noth zu kämpfen haben, ehe seine jetzige Stellung eine Besserung erfährt. Die Sabaltenbeamten, mögen sie nun im Post- oder im Telegraphenamt beschäftigt, mögen sie an irgend einem Kreis- oder Landgericht angestellt sein, sie sind thätlich vielfach abhängiger und gedrückter, als ein Maurer, ein Zimmermann oder irgend ein anderer Arbeiter. Wer kennt nicht die gebundene und fortwährend kontrollirte Stellung, in der diese Beamten leben? Wehe ihnen, wenn sie irgend einem gesellschaftlichen oder politischen Vereine angehören, der nur ein klein wenig „reichsfürstlicher“ Elemente in sich birgt; wehe ihnen, wenn sie eine Zeitung lesen, welche die geringste Opposition gegen die Regierung laut werden läßt. Beweise, Zurücksetzungen aller Art, wenn nicht gar Entlassungen, sind die Folgen, die sie unwillkürlich treffen, sobald

die sich nicht willkürlich den Ansichten und Ideen ihrer Vorgesetzten fügen. Bei den Reichstags- und Landtagswahlen muß auf Kommando gewählt werden, und Gnade Gott dem, der an dem „guten Willen“ seiner Vorgesetzten nur einmal zu zweifeln mag; seine Erfindung wäre vielleicht in Frage gestellt, ja man wäre sogar im Stande, dafür zu „sorgen“, daß ihm selbst sein anderweitiges Fortkommen nach Kräften erschwert würde.

Bekanntlich sind nun die Subalternbeamten meist gediente Soldaten, also ehemalige „Vaterlandsverteidiger“ und „Vaterlandsehrer“; sie haben nicht selten ihre kräftigen und gesunden Glieder dem „Vaterlande“ zum Opfer gebracht. Man könnte danach gewiß billig verlangen, daß diejenigen, die Jahre lang die Muskete getragen oder den Reiterpassaß geschwungen haben, in ihrem Alter wenigstens ein gesichertes und sorgenfreies Brot hätten.

Jedoch so weit sind wir trotz allen „Fortschrittes“, aller „Kultur“ und „Civilisation“ bis jetzt noch nicht! Wie in den Fabriken durch weibliche Arbeiter zum Profit der Fabrikanten die Löhne der männlichen Arbeiter herabgedrückt werden, so versacht man diesem ähnlich gegenwärtig ein gleiches Manöver gegen die Subalternbeamten in Scene zu setzen.

Wie im Postdienste, so werden auch auf den Telegraphenbureaux invalide oder langgeübte Militärs als Hilfsarbeiter beschäftigt. Selbstverständlich ist der Lohn dieser Beamten ein äußerst geringer. 20 bis 30, höchstens 35 Thlr. monatlich ist im Durchschnitt das Gehalt dieser höheren Proletarier. Dies ist aber gewissen Herren noch zu viel, denn man verwendet, wie schon erwähnt, bereits eine große Anzahl Telegraphistinnen auf diesen Bureaux, die wie die weiblichen Schriftsetzer für einen Minimallohn zu haben sind, der kaum glaublich ist.

Wie tief dieses neue Manöver in die Interessen der männlichen Telegraphenbeamten einschneidet, sehen wir nämlich am besten aus einer Veröffentlichung verschiedener Berliner Telegraphenbeamten, der wir in verschiedenen Berliner Zeitungen in den letzten Tagen begegnet sind. Diese Veröffentlichung, ein Rothschrei im wahren Sinne des Wortes, lautet, wie folgt:

„Durch die Emanzipation der Damen aus unserer Stellung gedrängt, müssen wir uns öffentlich um eine Stellung bewerben, da es uns trotz der größten Anstrengung bisher nicht gelungen, etwas zu finden, um die Familie zu erhalten.“

Wir sind überhaupt überzeugt, daß man höheren Orts gewiß diese Handlungsweise der kaiserlichen Telegraphen-Central-Station nicht billigt, daß man die seit Jahren dort beschäftigt gewesenen Hilfsarbeiter, die zum Theil ginz inwärdig, theils erwerbsunfähig, mindestens aber lange dem Staate als Soldat gedient und die Kraft in den Feldzügen gelassen, jetzt entläßt, um dafür weibliche Hilfsarbeiterinnen anzunehmen, da der Etat für Telegraphengehülfskassen bereits voll ist. Wir glauben, alle alte Soldaten, mindestens dieselben Rechte zu haben, wie Mädchen, die eben die Schule verlassen.

Außerdem wird Jeder wissen, daß dieselben den übrigen Beamten nur den Dienst um ein Bedeutendes erschwert haben. Früher hatte von den kleinen Leitungen ein Beamter 2-3 Apparate zu versehen, jetzt sitzt an jedem kleinen Apparat eine Dame und beschäftigt sich einen großen Theil der Dienststunden mit Handarbeiten. Früher war jeder Beamte zum Nachdienst verpflichtet, jetzt sind 110 Damen davon befreit, und die geringere Anzahl von Beamten versteht denselben mit.

Hoffen wir, daß auch nach dieser Seite hin mit dem Wechs in der Oberleitung baldigst eine Reform eintritt und Leute berückichtigt werden, die im Dienste des Staates gran ge- rade, daß die ihr junges Blut freudig hingaben, als das Vaterland in Gefahr war!

Man steht also aus dieser Veröffentlichung, wie tief die Telegraphistinnen die Gehälter der männlichen Beamten herabdrücken müssen, denn sonst wäre dieser Rothschrei nicht erfolgt, da die kleinen Beamten es nur in den äußersten Fällen wagen, Protest zu erheben und Opposition zu machen.

Daß die liberalen Zeitungen, die ja die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen schon längst sanktionirt haben, mit der Anstellung weiblicher Telegraphenbeamten einverstanden sind, brauchen wir wohl nicht zu erwähnen. Hat doch eine Berliner Zeitung in ihrer vorgestrigen Nummer die Frechheit gehabt, dieses Manöver als einen neuen und lobenswerthen Schritt auf dem Wege der „Frauenemanzipation“ zu bezeichnen.

Wir aber übergeben diesen Rothschrei zur weitesten Verbreitung der Deffentlichkeit, da ja bekanntlich der Socialismus nicht allein für das Proletariat der Industrie, nicht allein für das Proletariat der Landarbeiter, sondern auch für das Beamtenproletariat eintritt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. März.

Die gegenwärtigen Zustände in Deutschland sind abscheulich. In der Nähe von Potsdam verzehren die hungernden Arbeiter ein krepirtes Schwein, welches der Förster zum Anlocken der Fische hingeworfen hatte; in Thüringen fallen die Armen und Elenden gleich hungrigen Wölfen über das krepirtes Wild her, um ihren Hunger zu stillen. Sterbliche Zustände! Elend über Elend! — Die Krankheiten grassiren überall, der Typhus wüthet, die Bitterung scheint sich mit den nichtdunigen Elementen der Gesellschaft vermischt zu haben, um das Elend noch zu vergrößern. Krankheiten im ganzen Volke, körperliche und geistige. — Rette die Kinder!

Man berichtet aus Königsberg: „In der Kürassierskaserne, gegenüber dem königlichen Schloße, ist plötzlich der Typhus ausgebrochen. 30 Mann sind daran erkrankt und liegen im Garnisonlazareth. Die Kaserne ist in Folge dessen geschlossen und soll von Grund aus neu gebaut werden. Die Mannschaften sind anderweitig untergebracht worden.“ — Die Kürassiere sind meist sehr große, kräftige Männer — das Traktament ist gering, die Nahrung mittelmäßig. Sollten darin die Ursachen des Typhus zu suchen sein?

Kn der Berliner Börse circulirte in den letzten Tagen das Gerücht, daß das VIII. und X. Armeekorps mobil gemacht werden; die Ordres sind allerdings noch nicht ausgeschrieben; wer aber weiß, wie schnell eine Mobilisirung von Statten geht, dem ist die noch nicht erfolgte Ausschreibung der Einberufungsordres kein Grund, das Gerücht für unrichtig zu erklären. Die Börse hat überhaupt ihre Fäden überall ausgebreitet, und sie hat sehr seine Fäden. Daß in Frankreich zum Frühjahr große Truppenzusammenziehungen angeordnet sind, kann auch nicht mehr geläugnet werden; hierzu kommt nun das Pferdeausfuhrverbot von Seiten

der deutschen Regierung. — Alles Anzeichen für einen „frischen, fröhlichen“ Krieg und für immer größern Nothstand des arbeitenden Volkes. Es lebe die moderne Civilisation!

Der Konstitutionalismus in Dänemark ist eine Wahrheit. Während die deutschen Reichsboten und preussischen Abgeordneten jeder Forderung der betreffenden Regierung sich fügen, sehen wir in Dänemark, daß man größere Posten aus dem Budget streicht, an welchen gerade der König ein großes Interesse hat. So begann in der Sitzung des Folketings am 2. März die zweite Lesung der Nachbewilligungsvorlagen. Die für den Bau des königlichen Theaters geforderte Nachbewilligung (circa 165,000 Rblr.) rief eine sehr heftige Debatte zwischen dem früheren Kultusminister Hall und dem Vortrager des Budgetausschusses (Bosjen) hervor. Letzterer sagte, daß die Ueberschreitung der für den Bau des königlichen Theaters bewilligten Summe von Seiten des früheren Kultusministers (Hall) sich nicht anders erklären lasse, als daß er (Hall) Mitglied eines Ministeriums gewesen sei, welches sich eine Exstanz im offenen Konflikt mit der Volksvertretung erzwang. Hall bemerkte, daß ein solches Verhältnis gerade die Vorsicht eines Ministers schärfen müsse. Die geforderte Nachbewilligung wurde schließlich mit 73 gegen 14 Stimmen verweigert. Die Majorität des Budgetausschusses beantragt ferner, auch die für die isländische Reise des Königs geforderte Nachbewilligung von ca. 30,000 Rblr. zu verweigern. — Ein deutscher Budgetausschuß würde solchen Schritt nie wagen; in Deutschland giebt es eben allzu viele Bedientenseelen.

Wie man aus Konstantinopel meldet, schildern die Berichte der von dem Hilfscomité ausgesandten Agenten die Lage der von der Hungersnoth heimgesuchten asiatischen Bezirke als trostlos. In einem Distrikte, welcher 52,000 Seelen zählt, sollen 20,000 Menschen den Hungertod gestorben sein. — Bei solchen Nachrichten kann man mit dem alten Dichter Höltz ausstimmen: „Wie wunder schön ist Gottes Erde, und werth, darauf vergnügt zu sein.“

* Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt über die Vereinigung der deutschen Social-Demokraten, wie folgt: „Zwischen den beiden Fraktionen der deutschen Social-Demokratie, den Lassalleanern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und den Anhängern des Eisenacher Programms, die sich bis zu den letzten Reichstagswahlen in Wort und Schrift auf das Heftigste bekämpft haben, sind bekanntlich neuerdings Verhandlungen gepflogen worden, die nicht nur auf Friedensschluß, sondern auf Verschmelzung zu einer einheitlichen Partei zielen. Angesichts der polizeilichen Verfolgungen und Maßregeln, denen beide Parteien zuletzt in gleicher Weise ausgesetzt waren, mochten die beiderseitigen Führer wohl die Nothwendigkeit erkennen, die Streitort zu begraben und in einheitlicher Organisation ihre Tüden weiter zu verfolgen. Das erste Resultat dieses Versuches liegt und jetzt in Gestalt eines zwischen den Führern vereinbarten Programms vor, eines Organisationsstatuts der „deutschen Arbeiterpartei“ vor, die einem demächst zu berufenden social-demokratischen Kongresse zur Berathung und Beschlußfassung unterbreitet werden sollen. Sowohl die bisherigen Kundgebungen zu Gunsten der Verschmelzung beider Fraktionen, als auch die Namen der Parteiführer, die sich unter den Preliminarien finden — wir nennen nur Geib, Hasenclever, Hasselmann, Kapell, Liebknecht, Motteler, Jakob Schmidt und Zapfleich — lassen die Annahme beider Entwürfe seitens des Kongresses als ziemlich gewiß erscheinen, und man geht nicht zu weit, wenn man schon vor dem formellen Abschluß der Verhandlungen die Verschmelzung als thatsächlich vollzogen ansieht und behandelt. Während das Organisationsstatut zunächst nur für die Arbeiterpartei selbst von Interesse ist, hat das Programm, das sowohl die Grundsätze enthält, zu welchen sich die Partei bekennt, als auch die Mittel und Wege andeutet, wie man zur Geltendmachung derselben gelangen will, eine allgemeinere Bedeutung und verdient deshalb die besondere Aufmerksamkeit aller derjenigen, die sich der Thatsache, daß die Entwicklung der socialen Fragen ein gewichtiger Faktor unseres öffentlichen Lebens ist, nicht verschließen mögen. Früher oder später wird jede Partei zu diesem Programm Stellung zu nehmen haben, und je unumwundener und eingehender die Kritik von den verschiedenen Parteistandpunkten aus sich mit demselben beschäftigt, um so klarer wird das Verhältniß der Arbeiterpartei zu anderen Parteien und demgemäß auch ihr eigener Standpunkt werden.“ — Es folgt nun das Programm und eine Kritik, die wir einer Besprechung unterziehen werden, wenn sich noch andere Stimmen aus der gegnerischen Presse gemeldet haben werden.

* Nobler sind jedenfalls die ultramontanen Bedrängten, als ihre Verdränger. So berichtet man von München: „Am 1. dhs. fand sich eine Deputation des westfälischen Adels beim Bischof ein, um ihm die Straffsumme anzubieten, welche er demnächst im Gefängniß abzustiften haben wird. Gleich den schon früher an ihn ergangenen Anerbietungen lehnte er auch dieses ab.“

* Einen Sieg der öffentlichen Meinung nennt die „National-Zeitung“ das „energische“ Vorgehen der deutschen liberalen Zeitungen, welches bewirkt habe, daß den Herrn Osenheim angehenden Ministern nach der Freipressung des „Gründers“ nicht die Existenzfrage gestellt sei. — Ist etwa dem preussisch-deutschen Minister die Existenzfrage gestellt worden, weil Herr Stroussberg überhaupt gar nicht kriminell verfolgt ist? Und doch verurtheilt die öffentliche Meinung den gar nicht angeklagten Stroussberg wohl noch mehr, als den freigesprochenen Osenheim. Lante „National-Zeitung“ aber sieht den Splitter im Auge der Dame Austria und übersieht den Balken im Auge der Dame Germania. — Das ist überhaupt eine alte Geschichte: Die Reaktion und Korruption in den Nachbarstaaten wird mit aller Behemung angegriffen, während sie im eigenen Lande todgeschwiegen werden — so streng die liberale Presse dem Volke Sand in die Augen.

* Von unseren kriegswichtigen Landesleuten, welche sich nach Spanien begeben haben, hören wir schöne Dinge. So berichten gleichmäßig verschiedene Blätter: „Eine Anzahl deutscher Abenteurer, Schnapphähne und Stegreifritter spielt in Spanien eine Rolle, welche Deutschland nicht zur Ehre gereicht. Sie haben zum Theil früher der deutschen Armee angehört und bewegen diesen Umstand, indem sie verschweigen, auf welche Art sie aus dem Armeeverband ausgeschieden worden sind. Sie nehmen Dienste bei Alfonso oder bei Carlos und desertiren auch zuweilen von dem Einen zum Andern. Das Geringsie, was sie thun, ist,

daß sie Land und Leute anruppen, ohne jemals Etwas zurückzuerstatten zu können oder zu wollen.“ — Das sind die Segnungen der Kriege überhaupt — sie liefern uns jedesmal eine große Anzahl von Bagabunden.

* Das große Tageslicht an der Isar, wie Seine schon in den dreißiger Jahren den Stiftpfobst Dr. Döllinger nannte, hat sich aus dem „Kulturkampf“ zurückgezogen, um sich wieder zu den päpstlichen Füßen niederzusetzen. — Die „Volksztg.“ schreibt auch über die Entlassung der Kulturkämpfer: „In einer Erklärung der katholischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses gegen die päpstliche Bulle gehen — wie die „Post“ sich ausdrückt — „verhältnismäßig viele“ Zustimmungserklärungen ein. Es ist dies eine Umschreibung für den Ausdruck „herzlich wenige“. Die „Post“, welche in dieser Angelegenheit die sogenannten „Staatskatholiken“ vertritt, spricht sich zu gleicher Zeit mit lebhafter Entrüstung gegen Hr. Prof. v. Schulte aus, welcher als einer der Führer der Staatskatholiken, vom Beitritt fürwählich abmahnt.“ — Also auch Da, Venas? Die Duisburg haben Schulte nur gewöhnt, damit er gegen den Papst und die Bischöfe lospauken sollte; er hat dies auch mehrmals in sehr rühmlichen Reden gethan. Und jetzt scheinen ihm auch seine päpst. Oden wieder einzufallen und sein ganzes papistisch-orth. Vorleben.

* Zum Kapitel der „Selbsthülfe“ lieferte die letzte sammlung des „Berliner Hausfrauenvereins“ am Sonntag Bürgerhaute einen netten Beitrag. Die Resultate des von Frau Lina Morgenstern geleitet, sind aberaus. Der schöne Plan der Gründung einer Waisenhalle ist, wie Andere, zu Wasser geworden, und Frau Morgenstern daher sehr warm die Benutzung einer Privatanstalt genug also, dahin zu gehen. — Das Beste ist jedoch, die Vereinsmitglieder sich betragten, sie müßten auf dem bureau den Zucker theurer bezahlen, als beim Kaufmann Morgenstern verscherte, die Kaufleute gäben den Zucker billiger, als er — als das „Centralbureau des Berlin frauen-Vereins“, will sie damit Kunden anlocken. Die Versammlung selbst verlief in der sämischsten Weise. Die Selbsthülfer scheinen noch gerade also die Billigkeit Lina einzusehen.

* Ein erbauliches Bild des Schwindels, der gesellschaftlichen getrieben worden ist, bot die am Sonntag im Saale des „Norddeutschen Hofes“ abgehaltene Generalversammlung der Aktiengesellschaft Union-Eisenwerk. Die Gesellschaft, welche noch 1870 aus 1000 Aktien von 10 Pst. bestand, ist dem Bankerott; ihre Aktien, die noch vor Jahresfrist verkauft wurden, sind heute auf den Cours von 10 Pst. gedrückt. Die Schuld schien die Versammlung der Aufsichtsrath beizumessen zu wollen, der in seiner jetzigen Stellung etwa erst seit einem halben Jahre amtirt, und dreist erklärte nämlich der Direktor Theodor nicht im Stande, der Versammlung eine Robbissa da der Aufsichtsrath ihn erst in den letzten Tagen staden der Versammlung benachrichtigte und die erschwerte Verbindung mit Schweden die Beschaffung der der Gesellschaft gehörenden schwedischen Baumaterialien machte. Im Allgemeinen könne er die Inventur pro 1874 mit etwa 380,000 Thal. werde, demselben Betrage, wie im Jahre vorher. Lage der Gesellschaft sei eine äußerst mißliche Wechselverdiadlichkeit bedeutend, einzelne Werksproletariat und oft mangelte das Geld zur Aufrechterhaltung. Die Schuld daran trage einzig und allein der Aufsichtsrath. In der zweiten Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrathes in Planung einer Zeit, wo die Lohnzahlungen säkirt wurden, die Hälfte zu schaffen, hätten die Herren die Interfessellschaft nach Kammern geordnet und sich dort amüsirt. Begreiflicherweise wurden die Aktioniemittheilung im höchsten Maße gegen den Aufsichtsrath, man, so daß unter lebhafter Unruhe beantragt wurde, sammlung aufzuheben und eine Revisionskommission mit nützigen Vollmachten anzusetzen. Bald aber wendete sich das Blatt. Vom Tische des Aufsichtsrathes erfolgte als Antwort die bestimmte Erklärung, daß dem Direktor noch vor Ende des Februar der Beschluß über die außerordentliche Generalversammlung mitgetheilt worden sei, und obwohl Direktor Riether dies wiederholt in Abrede stellt, bleiben sämmtliche Mitglieder des Aufsichtsrathes bei ihrer Behauptung. Einer der Aufsichtsräthe erklärte, er werde, falls der Direktor Riether nicht sofort vom Amte zurücktrete, die Sache der Staatsanwaltschaft überweisen, welche dem Herrn den Weg nach Pöyngsee zeigen werde, und wirklich gelang es denn auch durch Verlesung der Protokolle, die Beschuldigungen des Direktors in allen Stücken zu widerlegen. Der Vorsitzende des jetzigen Aufsichtsrathes wies nach, daß die „Gründer“ der Gesellschaft, die bis vor kurzem noch die Leitung derselben in der Hand hatten, die Baquirer Gustav Bath, Karl Riether, Leo Wollenberg und Eward Ramroth, ihren Kollegen im Aufsichtsrathe jeden Einblick in die Lage der Gesellschaft verwehrten. Nach gewaltsamer Beseitigung dieser Herren stellte sich sodann Folgendes heraus: über den Verbleib der im vorigen Jahre durch Emission eingegangenen Baarsumme von 250,000 Thalern fehlte jede Kunde, 180 Aktien der Gesellschaft im Nominalbetrage von 116,000 Thalern waren verschwunden, der Reservefonds von ca. 6000 Thalern war nicht vorhanden, die Kaution des Direktors von 5000 Thalern nicht hinterlegt, die von den Gründern bei einem Bankhause zu deponirende Kaution von 100,000 Thalern für eine achtprocentige Dividende der Gesellschaft war nirgends aufzufinden und eine von dem Direktor der Gesellschaft verpfändete Hypothek von 100,000 Thalern war an die Firma Schult und Schemann, welche Gläubiger von Union Eisenwerk ist, verpfändet, aber nicht nur als Sicherstellung für die Schulden der Union, sondern auch für die von den Gründern der Firma Bath u. Riether, sowie von Karl Riether persönlich eingegangenen Verbindlichkeiten! Dem Aufsichtsrath aber hatte der Direktor ausdrücklich erklärt, die Hypothek sei nur für die Schulden der Union verpfändet! Als dem früheren Vorsitzenden des Aufsichtsrathes, dem Baquirer Gustav Bath, die Leitung der Gesellschaft am 18. v. M. entzogen wurde, hatte derselbe an Vermögensobjekten nur einen leeren Blechkasten und einen Trodenstempel im Besitz. — Es gab jetzt ein wildes Durch-

Verzeichnis 5,65; v. Arb.-Gesangverein 3,00. Einheitsbuch: auf 100 ...

Städtisch 63, Gießh. 52, Größl. 12, Groß-Steinheim 13, Grilloh ...

Schneeberg, Schneidemühl, Schöberg bei Mühlh., Schönstedt ...

Sprechsaal.

Danzig, 3. März. Arbeiterungskunde auf der kaiserlichen Werft zu Danzig. Freitag, den 26. Februar d. J., Morgens zwischen 7 und 8 Uhr ...

Orte unter 5. Kachen. Aken. Altdamm. Altona in Westfalen. Altonaer. Altonaer ...

Durch wiederholte Nichtbeachtung sehen wir uns veranlaßt, nochmals darauf hinzuweisen, daß wir Annoncen ohne Beifügung des Geldes nicht aufnehmen können.

Abonnementsverzeichnis des „Neuen Social-Demokrat pro 1. Quartal 1875.“

Altona. Freitag, den 12. März, Abends 8 1/2 Uhr. in Heinson's Salon, Gießh. 52, Mitgliederversammlung des Allg. d. Bau- u. Erdbauvereins.

Briefkasten. Anonyme Einsendungen, Anfragen u. s. w. können nicht berücksichtigt werden.

Berlin. Donnerstag, den 11. März, Abends 8 1/2 Uhr. in der Societätsbrauerei, Bergmannstr., Große Bezirksversammlung des Halle'schen Thor-Bezirks.

Berlin. Sonntag, den 14. März, Nachm. 4 Uhr. in Café Sessel, Grenadierstr. 39, Generalversammlung der Krankenkasse der verheirateten Eig.-Arb.

Bremen. Sonntag, den 14. März, Nachm. 6 Uhr. bei Duncker, Sögestr. 27, zur Beratung und Feststellung des Programms für einzuhalten.

Hannover. Sonntag, den 13. März, bei 5. Bischof, Immerstr., Großes Concert des Gesangsvereins „Ferdinand“, bestehend aus Gesang und Declamation.

Rostock. Sonntag, den 15. März, Abends 8 Uhr, auf dem Lindenhofe, Versammlung der Leser d. „Neuen Social-Demokrat“, d. „Socialvolk-tischen Blätter“, des „Agitators“ und der eingegangenen „Westfälischen Zeitung“.

Berlin. Donnerstag, den 11. März, Abends 8 1/2 Uhr. im Lokal des Gen. Vieders, Mollatstr. 14/15, Referent: H. Müller.

Hamburg. Sonntag, den 13. März, Abends 8 1/2 Uhr. im Englischen Kiosk, Kirchenallee 41, Generalversammlung sämtlicher Zimmerer.

Bremen. Sonntag, den 14. März, Nachm. 6 Uhr. bei Duncker, Sögestr. 27, zur Beratung und Feststellung des Programms für einzuhalten.

Hannover. Sonntag, den 13. März, bei 5. Bischof, Immerstr., Großes Concert des Gesangsvereins „Ferdinand“, bestehend aus Gesang und Declamation.

Höchst a. M. Sonntag, den 13. März, Abends 8 1/2 Uhr, im „Bären“, Große Volksversammlung. U. D.: Die Ursachen der Geschäftslosigkeit.

Berlin. Sonntag, den 14. März, Vorm. 10 Uhr, bei Vogel, Altonaerstraße 31, Geschlossene Mitglieder-Versammlung des Allgem. deutsch. Arbeiter- und Steinhauever-Bundes.

Hamburg. Montag, den 15. März, Abends 8 Uhr, im Clublokal des Conventgartens, Mitgliederversammlung des Anti-Zimpfvereins.

Bremen. Sonntag, den 14. März, Abends 8 1/2 Uhr. bei Herrn Becker, Finkenstr. 22, Concert, angeführt vom Gesangsverein „Cassalla“.

Hannover. Sonntag, den 13. März, 8 Uhr Ab., in der Tonhalle, Parteiversammlung. U. D.: Die Organisationsvorläufe zur Vereinstagung.

Gelsenkirchen. Sonntag, den 14. d. März, 11 Uhr, in Dreesen'schen Lokal auf dem Wuhagen, Gemüthl. Zusammensein Sämtlicher Parteigenossen von Gelsenkirchen u. Umgebung.

Berlin. Sonntag, den 14. März, Vormittags 10 Uhr, im Lokal des Gen. Carlus, Pringsstr. 72, Deffentl. Versammlung der Affordträger und Banarbeiter.

Braunschweig. Sonntag, den 13. März, Abds., Zeitungskommission's-Sitzung bei H. Müller. Wichtige Angelegenheiten. [1,80]

Bielefeld. Sonntag, den 14. März, Nachm. 5 Uhr, im Saale des Herrn Wilsch, Besellige Abend-Unterhaltung von 9 v. Nachmitt. der soc.-dem. Partei.

Dresden. Sonntag, den 13. März, Abends 8 Uhr, in der Conventgasse am Str. 35, Deffentl. Mitgliederversammlung des Allg. deutsch. Arbeiter-Vereins.

Den Parteigenossen empfehle ich Hamburger Leder-Arztzeug: Joguet mit Leder gef. 5 Thlr. 20 Sgr., Beinfelle 3 Thlr. 74 Sgr., Besse 1 Thlr. 10 Sgr. Emil Goritz, Lindenstr. 235, Eck der Poststraße. [2,50]

Annoucen.